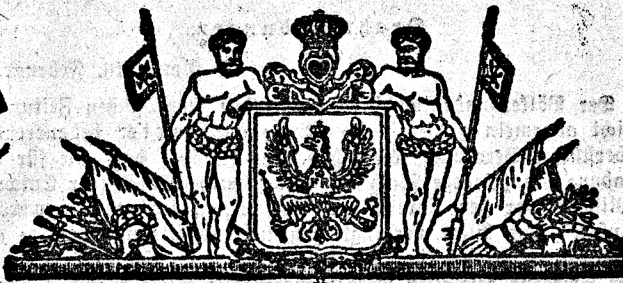


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): E. Bachmann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 *

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 890-11 901, 11 892 bis 11 895, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Ankündigung des Präliminarfriedens.

Brockdorff-Rantzau Rücktrittsabsicht.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

17. Februar.

Die in der „Vossischen Zeitung“ aus Weimar gemeldete Nachricht von den Rücktrittsabsichten des Grafen Brockdorff-Rantzau hat in den hier weilenden Regierungskreisen erhebliche Ueberraschung hervorgerufen, denn in der gestrigen Sitzung des Ministerates mit den Fraktionsführern hatte Graf Brockdorff keine Absicht, zu demissionieren, kundgegeben. Vielmehr scheint er zu dem Entschluß erst in später Stunde gekommen zu sein. Maßgebend ist für seine Demissionsabsicht anscheinend der allerdings in der Sitzung zutage getretene Gegensatz zu den anderen Regierungsmitgliedern gewesen, der wesentlich darin bestand, daß Brockdorff die Gedanken gegen die Unterzeichnung der neuen Waffenstillstandsbedingungen nicht zu überwinden vermochte.

Diese Auffassung des Grafen ist begreiflich, denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen in erheblichem Gegensatz zu der letzten programmatischen Rede des Außenministers steht. So sehr die Erwägungen anzuerkennen sind, die schließlich dazu geführt haben, die Zustimmung des Kabinetts zur Unterzeichnung des Abkommens zu geben, so eigenartig ist doch die Lage, in die dadurch das deutsche Volk gebracht worden ist. Der Ernst dieser Lage wird denn auch in dem hiesigen Regierungskreis in vollem Umfange erkannt. Man ist sich hier ganz klar darüber, daß namentlich durch die jederzeit mögliche Kündigung mit dreitägiger Frist und durch das Fehlen jeder Garantie für die Einstellung der Waffenhandlungen auf Seiten der Polen Deutschland künftiger Beunruhigung ausgesetzt sein wird.

Man hätte glauben dürfen, daß das Verhältnis zu den Feinden sich allmählich konsolidieren und dem deutschen Volke die Möglichkeit zu langsamer Erholung nunmehr gegeben sein würde. Die Enttäuschung, die in Deutschland über das Verhalten der Entente Platz greifen muß, wird um so größer sein, als die Feinde immer besonderes Gewicht darauf gelegt haben, in Deutschland eine Regierung zu sehen, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen und des Vertrauens der ganzen Bevölkerung teilhaftig ist. Nun hat die Nationalversammlung eine solche Regierung gestellt, und gerade in dem Augenblick, da die Presse der ganzen Welt von den Verhandlungen in Weimar und von dem Ernst berichtet, mit dem hier die Erneuerung der Regierungsgewalt vollzogen ist, werden von Seiten der Feinde die unerträglichsten Bedingungen gestellt.

Kein Anlaß zum Rücktritt?

17. Februar.

Graf Brockdorff-Rantzau hat nach einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann seine Rücktrittsabsichten fallen gelassen. Die halbamtliche Mitteilung über die kurze Brockdorff-Rantzau-Frische hat folgenden Wortlaut: „Verschiedene Blätter bringen die Meldung, daß wegen einer abweichenden Ansicht in der Beurteilung der letzten Waffenstillstandsbedingungen der Entente der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau sein Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. Es ist richtig, daß zwischen dem Reichsminister einerseits und andererseits der Mehrheit des Kabinetts und auch der herangezogenen Parteiführer in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit bestand. Ein hinsichtlich begründeter Anlaß zum Rücktritt des Ministers ist durch diese Meinungsverschiedenheit nach Auffassung der Regierung nicht gegeben.“

Der endgültige Verfassungsentwurf.

17. Februar.

Die endgültige Reichsverfassung soll am Donnerstag der Nationalversammlung zugehen, und man hofft bis dahin, die allgemeine politische Aussprache zu beenden. Der Freitag und Sonnabend soll sittingsfrei bleiben, um damit den Fraktionen Zeit zu lassen, zu dem Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Am Montag wird die Aussprache über den Verfassungsentwurf beginnen, die in vier bis fünf Tagen erledigt werden soll. Dann

wird wieder eine kurze Pause eintreten, und am Montag oder Dienstag der darauf folgenden Woche beginnen die Ausschussberatungen, die mehrere Wochen dauern werden.

Das Diätengesetz für die Nationalversammlung wird in den nächsten Tagen eingebracht. Es sieht, wie bereits kurz gemeldet, eine monatliche Gesamtentschädigung von 1000 M. vor. Seine einzelnen Bestimmungen reichen sich eng an die Bestimmungen des Reichs-Diätengesetzes an; insbesondere soll für unentschuldigtes Fernbleiben von der Sitzung ein Strafabzug gemacht werden, und zwar von 30 M. für jede Sitzung. Den Mitgliedern, die in längerer Pause im Verfassungsausschusse tätig sind, wird hierfür ein Zuschuß von 20 M. für jeden Tag ihrer Anwesenheit in Weimar gewährt werden.

Erzberger wieder in Weimar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

17. Februar.

Reichsminister Erzberger ist heute Vormittag von den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier wieder in Weimar eingetroffen. Nachdem das Waffenstillstandsabkommen gestern nachmittags 47 Uhr unterzeichnet worden ist, erklärte Marschall Koch, daß die Frist von drei Tagen für die Kündigung deshalb von der Entente festgesetzt worden sei, weil zu erwarten sei, daß in kürzester Frist die Verhandlungen über den Präliminarfrieden beginnen werden. Auch bezüglich der Kriegsgefangenen gab Marschall Koch erneut Erklärungen ab, die Ansichten auf eine befriedigende Lösung dieser Frage zulassen.

16. Februar.

Die Pariser Friedenskonferenz ist jetzt, wie ein Eponeer Junkspruch mittelt, in der Hauptsache damit beschäftigt, die Bedingungen für den Abschluß des endgültigen Vorfriedens mit Deutschland auszuarbeiten. Durch den Abschluß dieses Vorfriedens hoffen die alliierten Mächte demobilisieren sowie den Wirtschaftsbetrieb der Welt wieder in geordnete Bahnen lenken zu können. Ueber die Lage Deutschlands heißt es in dem Eponeer Junkspruch weiter, daß bis März genügend Nahrungsmittel zur Verfügung ständen, daß aber in der Zeit bis zum Juni, bevor mit der neuen Ernte zu rechnen wäre, die Ernährungsfrage einer Hungersnot gleichkommen könnte. Um einer solchen Gefahr aus der sich Unruhen ergeben könnten, vorzubeugen, sei der Vorfriede das geeignete Mittel. Als Bedingung müßte erstens die Demobilisation der deutschen Armee verlangt werden, und zwar bis auf den Zustand der Friedensstärke. Zweitens wäre festzustellen, eine wie hohe Entschädigung Deutschland zu zahlen vermöchte und wie diese Entschädigung unter die Alliierten zu verteilen wäre. Drittens wäre es dann notwendig, Deutschland den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den Handel mit den Neutralen zu ermöglichen und sich schließl. zu werden, bis zu welcher Grenze die Blockade aufgehoben werden könnte. Der Oberste Wirtschaftsrat wird in künftiger Zusammenarbeit mit dem Obersten Kriegsrat die Frage der Friedensbedingungen, zu denen der neue Waffenstillstandsvertrag die Grundlage bildet, prüfen.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Großdeutscher Wahlsieg.

17. Februar.

Das Wiener Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung war um 7 Uhr morgens vorbestaltlich der endgültigen Ziffern: 32 Sozialdemokraten, 11 Christlich-Soziale, 2 Deutschnationale, 1 Bürgerl. Demokrat, 1 Arbeiter und 1 Jüdisch-Nationaler. Unter den Gewählten befinden sich 8 Frauen.

Bis in die späten Nachmittagsstunden ist der gestrige Wahltag in Wien, von ganz unbedeutenden Zwischenfällen abgesehen, vollkommen ruhig und würdig verlaufen. Die Beteiligung an der Wahl war überaus rege. Namentlich machten die Frauen von dem Wahlrecht ausgiebig Gebrauch.

17. Februar.

Um 11 Uhr vormittags vorliegende Wahlergebnisse aus der Provinz zeigen, daß der Sieg der Sozialdemokratie nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz ein überwältigender ist. Man zählt in Wien 32 Sozialdemokraten als gewählt, auf dem Lande 50, so daß von den zu vergebenden 100 Mandaten bereits 82 der Sozialdemokratie zufallen. Die Christlich-Sozialen hatten mit 70 bis 72 Mandaten gerechnet; sie werden es kaum auf 60 bringen.

Der Völkerbund.

Das Rätelraten hat ein Ende. Wilsons Verfassungsentwurf für den Völkerbund liegt vor; und wer über den Anteil des Präsidenten an diesem Werk im Unklaren ist, der findet die nötigen Erläuterungen in der Rede, die Wilson vor seiner Abreise in Paris gehalten hat. Die Enttäuschung derjenigen, die von ihm etwas anderes erwartet haben, darf man aber dem Präsidenten nicht zur Last legen. Es ist nicht seine Schuld, daß die Anhänger eines gerechten Friedens vielfach etwas in die Wilsonschen Kundgebungen hineingelesen haben, was niemals dazugehörte hat. Wilson hat nur die Beendigung der jetzigen Konflikte gefordert; er hat aber nie gesagt, daß sie durch die Hinwegräumung der Konfliktsstoffe geschehen soll. Er hat für die Welt einen Ruhezustand verlangt, aber nicht gesagt, daß es ein Gleichgewicht zu sein soll. Die Behauptung, daß seine Politik sich mit den englischen Interessen auf die Dauer nicht vertragen würde, war bisher unbewiesen. Nunmehr ist aber mit aller Deutlichkeit der Gegenbeweis geliefert.

Man kann dem vorliegenden Entwurf gegenüber nur wiederholen, was schon oft an dieser Stelle gesagt worden ist: der Völkerbund wird ein Weltgleichgewicht schaffen, wenn er die Spitze einer wirklichen Völkerorganisation bildet, in der die kleineren Völker sich je nach ihren gemeinsamen Interessen zu Gruppen zusammenschließen. Oder er wird das Übergewicht Englands und Amerikas festlegen, wenn er ohne diese Organisation ins Leben gerufen wird. Wie man aus den bisherigen Kundgebungen erwarten mußte, hat sich Wilson in Übereinstimmung mit England für die letztgenannte Konstruktion entschieden.

Der Völkerbund wird aus formell gleichberechtigten Mitgliedern bestehen. Jeder Staat wird eine Stimme haben. Aber es ist an sich schon kennzeichnend, daß die englischen Dominions ebenfalls mit je einer Stimme im Bunde vertreten sein sollen. England verfügt also von vornherein über mehrere Stimmen. Frankreich, das ebenfalls höchstwahrscheinlich Kolonien besitzt, erhält diesen Vorzug nicht, und es wird sich zweifellos darüber ebenso beklagen, wie es sich in einem großen Teil seiner Presse über die gleiche Ungerechtigkeit auf der Friedenskonferenz beschwert hat. Auch die Vereinigten Staaten haben nur eine Stimme. Aber es bedarf wohl nur des Hinweises auf den entscheidenden Einfluß der Vereinigten Staaten in Mittel- und Südamerika, um auszurechnen, über wieviel Stimmen auch sie im Ernstfall verfügen können.

Wo sind denn überhaupt die Staaten, die tatsächlich im Rahmen des Völkerbundes Opposition zu machen imstande sind? In Europa kaum. Dafür bürgt die vollkommene wirtschaftliche Abhängigkeit, in der sich jeder einzelne Staat des europäischen Festlandes dem allmächtigen Beherrscher aller großen Rohstoffgebiete und aller Seewege, England, gegenüber befindet. Alle Erwägungen über die möglichen Stimmenverhältnisse im Völkerbund sind deshalb ebenso wertlos wie etwa ein Versuch, aus der Zusammenfassung des ausführenden Rats Schlüsse gegen die englisch-amerikanische Vorherrschaft zu ziehen. Der himmelhohe Unterschied zwischen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung dieser beiden Reiche und den übrigen in gewalttätiger Isolierung festgehaltenen Kleinstaatlein zeigt, daß nicht die Zahl, sondern die Macht die einzige und ausschlaggebende Realität sein wird, die die Beschlüsse des Bundes zu bestimmen hat.

Beweiskräftig für diese Behauptung ist es, daß das Verfassungsinstrument des Völkerbundes in seinem § 19 die Handhabe enthält, durch die Deutschland im Friedensschluß um seine Kolonien gebracht werden soll. Daß es sich zunächst gerade um die deutschen Kolonien handelt, zeigt der Kommentar, als den man die Pariser Rede Wilsons ansehen muß. Das englische Diabuch über die angeblichen Kolonialgrevel der Deutschen hat seine Schuldigkeit getan; nicht etwa um irgend jemand von dieser Greueln zu überzeugen, sondern um den vorher erwarteten Rechtspruch gegen Deutschland vorzubereiten. Aber dieser § 19 braucht sich in Zukunft nicht allein gegen Deutschland zu richten. Er kann morgen genau so gut gegen jede andere Kolonialmacht angewendet werden. Wenn vor kurzem hier behauptet worden ist, daß Frankreich seine Kolonien nur solange besitzen wird, wie England es für richtig hält, so ist dafür nicht nur der Beweis erbracht, sondern man sieht auch